

1718/J XXI.GP

Eingelangt am: 11.01.2001

Anfrage

der Abgeordneten DDr. Niederwieser
und Genossen an den Herrn Bundesminister für Inneres
betreffend Niederlassungsverordnung

Für das Jahr 2001 wurde dem Hauptausschuss des Nationalrates bis Jahresende keine Verordnung des Bundesministers für Inneres gemäss § 18 Fremdenengesetz vorgelegt.

Daher ist anzunehmen, dass die im Jahr 2000 geltenden Quoten auch im Jahr 2001 zur Anwendung kommen und das gesetzlich vorgeschriebene Ermittlungsverfahren eine solche Fortschreibung der Quote nahelegt.

Auch die gegenteilige Annahme, nämlich die Missachtung eines geltenden Gesetzes nur deshalb, weil eine Regierungspartei etwas anderes will und weder Bundeskanzler noch Innenminister sich dagegen durchsetzen, ist aufgrund der bisherigen öffentlichen Diskussion zulässig, sie würde allerdings einen wissentlichen Rechtsbruch durch die Regierung bedeuten.

Da ein solcher Vorwurf nicht leichtfertig erhoben werden soll richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

1. Wie lauten die Zahlen, welche die einzelnen Bundesländer gemäss § 18 Abs. 1 und 2 dem BMI für das Jahr 2001 bekanntgegeben haben und zwar detailliert nach Bundesländern und den Kategorien des § 18 Abs. 1 Fremdenengesetz?
2. Hat das BMI einen Verordnungsentwurf gemäss § 18 Abs. 2 zur Stellungnahme ausgesandt, wenn ja wann und wie lautete er konkret?
Wenn Nein, warum nicht?
3. Wie lauteten die Stellungnahmen der Wirtschaftskammer Österreichs, der Bundesarbeitskammer, die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs, des Österreichischen Gemeindebundes, des Österreichischen Städtebundes, des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Österreichischen Industriellenvereinigung und des Wirtschaftsforschungsinstituts?
4. Wie lautete insbesondere deren Stellungnahme zu den benötigten IT Fachkräften und hat eine der in Frage 3 genannten Stellen darauf hingewiesen, dass solche Arbeitskräfte auch im EU Raum in ausreichender Zahl vorhanden wären?

5. Haben Sie Anhaltspunkte dafür, dass die Industriellenvereinigung nur deshalb IT Fachkräfte aus dem Nicht - EU - Raum will, weil diese "billiger" wären?
6. Sind Ihnen die offiziellen und bereits zwei Jahre alten EU Studien bekannt, die von einem eklatanten Mangel an IKT Fachkräften in der gesamten EU handeln und haben Sie mit dem Herrn Bundeskanzler über diese Studien und deren Konsequenzen für den österr. Arbeitsmarkt gesprochen oder war die Thematik wichtig genug, um in einer Sitzungen dieser Bundesregierung erörtert zu werden?
7. Ist Ihnen bekannt, ob die einzelnen Bundesländer für ihre Stellungnahme ihrerseits die gesetzlich vorgeschriebene Anhörung der Interessenvertretungen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gemäß § 18 Abs.2 letzter Satz des Fremdengesetzes durchgeführt haben?
8. Halten Sie es unter Berücksichtigung der bekannten saisonbedingten Schwankungen am Arbeitsmarkt für sachgerecht, die Zwölfregelung des § 18 Abs. 7 zur Anwendung kommen zu lassen?
9. In der Sitzung des Hauptausschusses am 15. Dezember 2000 hat die Frau Abgeordnete Dr. Partik - Pablé dem Erstanfragesteller erklärt, der Herr Innenminister werde schon noch rechtzeitig die Niederlassungsverordnung vorlegen. Haben Sie zu diesem Zeitpunkt der Frau Abgeordneten eine Zusage zur Vorlage eines Verordnungsentwurfes gemacht?